



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/240 - 22.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Mahnung aus Saarbrücken	S. 1
Republikanische Befürchtungen (zu den Kongresswahlen)	S. 3
Der Kanzler und der Milchpreis	S. 6
Nach den SED-Wahlen	S. 7

Saarentscheidung auf des Messers Schneide

XXX, Saarbrücken

Mit außerordentlicher Spannung blickt das Saargebiet auf die bevorstehende Entscheidung, die in Paris fallen muß. Das künftige Geschick einer Million deutscher Menschen in dem umstrittenen Gebiet hängt davon ab, ob eine Regelung gefunden werden kann, die ihren Interessen entspricht. Die deutsche Delegation verhandelt unter schwerem Druck. Die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Durchführung aller anderen Deutschland betreffenden Maßnahmen, die in London beschlossen wurden, werden vom französischen Verhandlungspartner von deutschen Konzessionen in der Saarfrage abhängig gemacht. Das ist eine schlechte Ausgangsposition.

Was geschah in den ganzen letzten Jahren an der Saar? Frankreich hatte bereits im Jahre 1946 die Verbindung des Saargebietes mit den anderen Teilen der französischen Besatzungszone unterbunden. Es hatte, nachdem ursprüngliche Absichten, die auf eine Annexion des Gebietes hinielten, gescheitert waren, die Begriffe "wirtschaftlicher Anschluß der Saar" und "politische Autonomie" geprägt und es verstanden, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die politischen Kräfte an der Saar auf diese seine Zielsetzung festzulegen. Bei der ersten Entscheidung der Bevölkerung in der Landtagswahl des Jahres 1947 kamen ihm dabei der Hunger, die Furcht vor den Ausweisungen und das in seinen Händen befindliche Monopol der Informationsmöglichkeiten zu Hilfe. So entstand die sogenannte "Saarverfassung", in deren Präambel die politische Trennung von Deutschland verkündet wurde.

Durch den wirtschaftlichen Anschluß nach den Bestimmungen der Konventionen von 1950 und 1953, sicherten sich die Franzosen die absolute Herrschaft über die Saarwirtschaft. Die großen Betriebe der Kohle- und Stahlindustrie, das Banken-, Kredit- und Versicherungswesen stehen unter ihrer Kontrolle. Diese Machtfülle wurde bisher ausgenutzt, um an der Saarwirtschaft möglichst viel zu verdienen und bei der bisherigen Konjunktur war es möglich, diese Verdienstmöglichkeiten wahrzunehmen, ohne viel zu investieren. Nach einer gewissen Normalisierung der Verhältnisse macht sich nun aber der Mangel an Modernisierung, die zu geringe Vorsorge für schlechtere Zeiten, bereits in allen Zweigen der Saarwirtschaft bemerkbar. Sie steht vor der Gefahr, Potentialreserve der französischen Volkswirtschaft zu werden und heute sehen auch die Kräfte, die bisher immer die französische Saarpolitik unterstützten, dass die einseitige Bindung an Frankreich zu einer Katastrophe für die Bevölkerung des Gebietes führen muss.

In dieser ganzen Zeit war die Aufrechterhaltung der französischen Herrschaft nur möglich, weil mit den wirtschaftlichen Massnahmen die Unterdrückung all der Kräfte, die ein Verbleiben des Saargebietes bei Deutschland erstrebten, Hand in Hand ging. Die deutschen Parteien wurden nicht zugelassen, der größte Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter verboten, Presse und Radio befinden sich unter absoluter französischer Einfluß, es gibt weder Versammlungs- noch Koalitionsfreiheit. Dabei mißbrauchte man insbesondere an der Saar die Idee des Zusammenschlusses der europäischen Völker, um damit nationalstaatliche Interessen zu tarnen. Diese Möglichkeit, die einseitige Bindung des Saargebietes an Frankreich als "Europäisierung" zu firmieren, entschwand dann freilich zunächst mit der Ablehnung der EVG durch Frankreich.

Man mag nun einwenden, dass die Bevölkerung an der Saar bisher keine sichtbaren Zeichen ihrer Unzufriedenheit mit dem bisherigen Zustand gegeben habe. Dabei sollte man aber bedenken, wie schwer, wenn nicht unmöglich, eine solche weithin sichtbare Willensbekundung in einem unter Besatzungsrecht stehenden Gebiet ist. Man muß auch wissen, dass die Saarbevölkerung bisher niemals in einer Demokratie lebte, sondern vom wilhelminischen Deutschland unter das Regime des Völkerbundes, dann unter die Diktatur Hitlers und schließlich unter die Besatzung der Franzosen kam.

Trotzdem ist eines klar: Die Saarbevölkerung fühlt sich auch heute ohne jede Einschränkung dem deutschen Volk zugehörig und deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass man ihr jetzt die Möglichkeit lässt, sich frei dazu zu bekennen. Das ist nicht nur ein nationales, sondern auch ein wirtschaftliches und soziales Anliegen, denn ein so kleines, krisenanfälliges Gebiet kann auf die Dauer weder auf sich selbst gestellt, noch unter Anlehnung an eine Macht existieren, die das im Saargebiet vorhandene Potential in erster Linie unter dem Aspekt ihrer Wiedergutmachungsansprüche sieht. Die Menschen an der Saar wünschen eine Lösung im Sinne eines dauerhaften deutsch-französischen Ausgleichs und einer klaren Zugehörigkeit zu dem Volk, dem sie sich in ihrem Denken und ihrer Sprache aufs engste verbunden wissen.

Amerika wählt den Kongress

O.L., New York, Ende Okt.

435 Mitglieder des Abgeordnetenhauses, 35 Senatoren (ein Drittel des Senats) die Gouverneure und Landesparlamente der größten Staaten wie New York, Pennsylvanien, Kalifornien, Ohio und viele andere, werden am 2. November gewählt. Es ist die Wahl nach der Beendigung der halben Amtszeit des Präsidenten, die darüber entscheiden soll, ob der Präsident einen Kongress zur Seite haben wird, in dem seine Partei die Mehrheit hat oder ob die Wähler dem Präsidenten und seiner Partei verschärfte Kontrolle durch die Wahl eines Kongresses mit einer Mehrheit der "anderen" Partei auferlegen wollen.

Diese Frage hat umso größere Berechtigung, als die Wähler vor zwei Jahren wohl General Eisenhower ein persönliches Vertrauensvotum erteilten, aber für die Republikanischen Kongreßkandidaten um beinahe sechs Millionen Stimmen weniger abgaben als für Eisenhower. Die Republikaner eroberten nur Scheinmehrheiten in beiden Häusern des Kongresses, an sich ein sehr ungewöhnliches Ereignis, da sonst jeder siegreiche Präsident beträchtliche Mehrheit im Kongress "mit sich zieht". Im Senat hatten die Republikaner gerade eine Stimme Mehrheit, die dann infolge des Todes eines Republikaners verlorenging, um schließlich wieder beim Tode von Demokraten auf dem Papier wiederhergestellt zu werden. Im Abgeordnetenhaus hatten die Republikaner im Augenblick ihres Triumphes 221 von 435 Sitzen; inzwischen ist diese Mehrheit von vier Stimmen auf zwei zurückgegangen, da bei Nachwahlen mehr Demokraten als Republikaner gewählt wurden. Bedenkt man ferner, dass bisher bei allen Wahlen zur Halbzeit des Präsidenten die im Weissen Haus vertretene Partei immer Mandate verlor - mit Ausnahme von 1934 unter dem jungen New Deal -, so sind auf Grund geschichtlicher Erfahrungen, die in Amerika die Bedeutung von politischen Regeln haben, die Aussichten der Republikaner nicht günstig.

Die Wahl hat ihre politische Bedeutung auch darum, weil die Republikaner, in ihrer berechtigten Angst vor dem Wahlausgang und in Ermangelung wirklich populärer Leistungen und Programme, Eisenhowers

persönliche Beliebtheit auszunutzen versuchen. Ihr einziger Wahlschlagler heisst "Ike", wie die Amerikaner den Präsidenten in kaum vermindertem Zuneigung weiter zu nennen beliben. "Ike" ist aber zu gutmütig und hat zu wenig politisches Urteil, um sich von vornherein den Manövern zu widersetzen, die ihn zu einem Gegenstand des Wahlkampfes machen. Andere Präsidenten vor ihm, auch solche mit grösserer politischer Erfahrung und besserem Fingerspitzengefühl, mußten erfahren, dass die amerikanischen Wähler sich von ihren Präsidenten nicht vorschreiben lassen, wen sie in den Kongress entsenden wollen. Als Roosevelt versuchte, in seiner eigenen Partei einige Konservative auszuschalten, unterlag er kläglich. Eisenhower liess sich aber in eine Situation hineinmanövrieren, in der die Republikaner die Kongresswahlen zu einem Vertrauensvotum für oder gegen ihn machten, obwohl viele der republikanischen Kandidaten im Kongress alles getan haben, um Eisenhowers Programm zu unterminieren. Umso kurzsichtiger war es, dass der Präsident allen Republikanern seinen Segen gab - was vor ihm auch parteipolitisch viel gebundenere Präsidenten nicht getan haben..

Jede Wahl in den Vereinigten Staaten wird in irgendeinen Zusammenhang mit der Wahl gebracht, nämlich der Präsidentenwahl. Man darf aber ohne Übertreibung sagen, dass der Zusammenhang zwischen der Kongresswahl 1954 und der Präsidentenwahl 1956 enger ist als bei vielen anderen derartigen Wahlen. Vor allem würde eine Eroberung der Kongressmehrheit durch die Demokraten zeigen, dass die amerikanischen Wähler den "Wechsel", den sie vor zwei Jahren selbst herbeiführten, nicht besonders genossen und schon wieder einen anderen "Wechsel" ins Auge fassen. Dazu kommt, dass Eisenhower sich angesichts einer Niederlage der Republikaner wohl nicht überreden ließe, wieder zu kandidieren. Dies ist schon vor einigen Monaten angedeutet worden. Wenn aber Eisenhower 1956 nicht kandidiert, ist kaum zu sehen, welcher der Republikaner populär oder angesehen genug wäre, um die Präsidentschaft zu gewinnen. Sogar wenn die Republikaner, weil Eisenhower sie auch im Kongresswahlkampf gerettet hat, dann kann man es als gewiss annehmen, dass die Pression auf Eisenhower so groß sein würde, dass er neuerlich kandidieren müsste. Er wäre der einzige, der Aussicht hätte, die Präsidentschaft für die Republikaner zu gewinnen.

So geht es bei diesen Kongresswahlen beinahe mehr um 1956 als um die Kongressmehrheit im Jahre 1954. Dies auch aus einem anderen Grund. Diejenigen, die in den größten Ländern als Sieger bei der Gouverneur-Wahl auftauchen, werden als mögliche Kandidaten für die Präsidentschaft oder als die "Präsidenten-Macher" angesehen, das heißt als diejenigen, die auf den "Conventions" der beiden Parteien vor der Aufstellung des Partei-Kandidaten die großen Delegationen beherrschen und auf die Auswahl des Parteikandidaten einen entscheidenden Einfluss auszuüben vermögen. Wenn die Demokraten den Gouverneur-Posten in New York erobern sollten, dann wäre Harriman in einer sehr günstigen Position, entweder selbst zum Präsidentschaftskandidaten nominiert zu werden oder den demokratischen Kandidaten vorzuschlagen. Das gilt, wenn auch nicht im selben Maße, von einer Reihe anderer Gouverneur-Kandidaten, die als maßgebende politische Führer in ihren Staaten hervorgehen können.

+ + +

Das erste Mal?

Anlässlich der Parisreise des Oppositionsführers Erich Ollenhauer schreibt die dem Bundeskanzler nahestehende "Kölnische Rundschau":

"Der Bundeskanzler hat neben den Vertretern der seine Regierung tragenden Parteien auch den sozialdemokratischen Oppositionsführer Erich Ollenhauer nach Paris geholt zur Teilnahme an den gemeinsamen Beratungen der Parteiführer über die in Aussicht genommene Lösung der Saarfrage. Das ist ein Vorgang, der über den unmittelbaren Anlass hinaus große Bedeutung hat. Es ist, soweit wir sehen, das erste Mal in der jungen Geschichte der Bundesrepublik, dass nach den - ungeschriebenen, trotzdem gültigen - Regeln und Gesetzen einer echten Demokratie verfahren wird, in der das klug und verantwortungsvoll geführte Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition solche gemeinsame Mitwirkung bei der Lösung von Fragen, die für das Volk lebenswichtig sind, notwendig und verständlich macht. Bisher hat es bei uns, trotz mancher schüchternen Ansätze, an einem solchen Wechselspiel völlig gefehlt."

Man muß der dem Bundeskanzler nahestehenden "Kölnischen Rundschau" dankbar dafür sein, dass sie zugibt, dass fünf Jahre lang in der Bundesrepublik die Regeln und Gesetze einer echten Demokratie mißachtet wurden. Von ihr zu erwarten, dass sie den Namen des dafür Hauptverantwortlichen - sein Name ist ohnehin bekannt - ausdrücklich nennt, wäre wohl zu viel verlangt.

In einem wesentlichen Punkte allerdings irrt die "Kölnische Rundschau", nämlich in der Annahme, dass das von Dr. Adenauer und den Regierungsparteien in diesen Tagen praktizierte Verfahren, die Opposition zu konsultieren, demokratisch genannt werden darf. B.St.

+ + +

Das Milch-Examen

R.G. Wer große Pläne wälzt, den interessieren die kleinen Dinge nicht; nicht einmal dann, wenn sie für die großen Pläne die Voraussetzung sind.

Da wird nun seit sechs Jahren mit weltweiten Plänen bundesdeutsche Außenpolitik gemacht, und was für eine Außenpolitik! Sticht sie nicht jedermann in die Augen, reicht sie nicht bis fern über den Ozean, schlägt sie nicht die halbe Erde in ihren Bann? Und ist sie nicht im Augenblick gar im Begriff, sogar dem nächsten Nachbarn, Frankreich, zu imponieren?

Dabei imponiert dem Herrn Mendès-France so leicht nichts, und man möchte tausend zu eins wetten, dass für ihn auch die deutsch-französisch-afrikanische Rüstungsunion noch nicht die so lang und sehnlich erwartete Reverenz vor der Überlegenheit der erhabenen Konzeption des deutschen Bundeskanzlers ist. Aber lassen wir das, es ist so wundervoll aufregend und beruhigend zugleich, einstweilen daran zu glauben.

Mitten in so harmonischem Gespräch über die Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit aber klang dann die Frage des französischen Ministerpräsidenten auf: "Wie teuer ist eigentlich in Deutschland die Milch?" - und folgte die schweigende Vorlegenheit des deutschen Bundeskanzlers und seines Adlatus Hallstein, die vom Milchpreis - wie sollten sie auch! - keine blasse Ahnung hatten. Mendès-France hingegen war über den Milchpreis sehr wohl orientiert.

Die Geschichte ist durch viele Zeitungen gegangen, und vielleicht gab es Leute, die sie sogar sehr hübsch fanden und sie freudig jener Sammlung von Kanzler-Anekdoten einverleibten, die unter dem Titel "Der Kanzler ist ein lieber Mann" schon so manches bundesdeutsche Gemüt begeisterten. Im Grunde aber ist die Frage nach dem Milchpreis eine Examensfrage, und ihre Nichtbeantwortung bedeutet, dass der Kandidat im Übereifer seiner großen außenpolitischen Pläne die Grundbegriffe des Lebens vergass und also - offenbar ohne es zu merken - gründlich durchs Examen fiel.

R.G.
- 7 -

"SED-Wahlen" verstärken Unruhe

O.B. Der Ablauf und der Ausgang der Wahlen hat im Gegensatz zu den Hoffnungen der SED, die eine Abschwächung der aufgebrachtten Stimmung der Bevölkerung erwartete, die Empörung weiter anwachsen lassen. Der von der SED unternommene Versuch, diese Wahlen als Legitimation der SED zu propagieren, stößt auf neue Schwierigkeiten, die sich aus dem betrügerischen Wahlmodus ergeben.

Dazu hat wesentlich beigetragen, dass die SED erst in den letzten Tagen vor der Wahl die Propaganda gegen die Benutzung der Wahlzellen anlaufen liess. Die Bevölkerung ist dadurch aufgebracht, dass die SED gegen die Bestimmungen ihres eigenen Wahlgesetzes verstieß, das Wahlzellen als obligatorisch vorsah. Die Misstimmung stieg, als sich am Wahltag herausstellte, dass die kommunistischen Wahlleiter die Benutzung der Wahlzellen mit der Begründung verhinderten, dass diese Wahlzellen für die Wähler da seien, die gegen Frieden und Freiheit seien.

In einem kleinen Ort des Kreises Gera war eine früher benutzte, normal hohe Wahlzelle um 50 cm abgesägt worden. In Weida wurde ein 25 cm hoher Pappkarton, der auf dem Tisch stand, als Wahlzelle bezeichnet. Da jede Benutzung eines Bleistiftes - der Wahlzettel enthielt nur die Namen der Kandidaten und brauchte nur eingeworfen zu werden - als Opposition hätte gewertet werden können, erreichte die SED, dass die Bevölkerung von vornherein auf die Benutzung der Wahlzellen verzichtete. Trotzdem fand die Bevölkerung Gelegenheit, ihrem Unwillen Ausdruck zu verleihen. Aus Falkensee wurde z.B. bekannt, dass gemeinsam mit den Wahlzetteln illegale Flugblätter sozialdemokratischer Widerstandsgruppen in die Wahlurnen eingeworfen worden waren.

Die Situation der SED hat sich auch dadurch verschlechtert, dass schlagartig nach dem 17. Oktober eine fühlbare Verschlechterung der Versorgung, selbst bei elementarsten Lebensmitteln, auftrat. Die Bevölkerung wertet das als Zeichen dafür, dass nach der Versorgung in der Zeit vor der Wahl jetzt durch Einsparungen das damals gerissene Loch wieder gestopft werden soll.

Verantwortlich: Peter Raunau